

Non, plus tard: Aargau wehrt sich gegen das Frühfranzösisch

Schulstreit Mit 84 zu 51 Stimmen hat der Grosse Rat beschlossen, die zweite Fremdsprache im Aargau später zu starten. Der Regierungsrat prüft Französisch ab der 6. oder 7. Klasse statt wie heute ab der 5. Klasse. Doch der Bundesrat will eine zweite Landessprache bereits in der Primarschule gesetzlich verankern. Der Aargau lehnt in seiner Vernehmlassungsantwort beide vorge-

schlagenen Varianten ab. Die Regierung sieht darin einen zu starken Eingriff in die kantonale Schulhoheit. Bildungsdirektorin Martina Bircher will in der Primarschule mehr Gewicht auf die Deutschkompetenzen legen. Der Bund verweist dagegen unter anderem auf den Zusammenhalt zwischen den Sprachregionen. Die Vernehmlassung dauert bis am 5. Oktober. (kob) **Region**

Im Aargau soll Französisch künftig später unterrichtet werden. Der Regierungsrat hat im Juni entschieden, einen Start in der 6. oder 7. Klasse zu prüfen. Heute beginnt der Französischunterricht in der 5. Klasse. Bildungsdirektorin Martina Bircher (SVP) begründet die Neuausrichtung unter anderem damit, dass in der Primarschule mehr Gewicht auf die Deutschkompetenzen gelegt werden soll.

Die Pläne würden allerdings mit jenen des Bundes kollidieren. Der Bundesrat hat am 12. Juni eine Vernehmlassung zur Änderung des Sprachengesetzes eröffnet. Er will den Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule gesetzlich absichern. Zuständig für die Vorlage ist das Eidgenössische Departement des Innern von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP).

Nun liegt die Antwort des Aargauer Regierungsrats vor. Und diese fällt eindeutig aus: Der Kanton unterstützt keine der beiden vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten. Der Regierungsrat stellt zudem infrage, ob die vorgesehenen Regelungen mit der Bundesverfassung vereinbar sind.

Bund pocht auf zweite Landessprache

Hintergrund der geplanten Gesetzesänderung sind Bestrebungen in mehreren Deutschschweizer Kantonen, den Unterricht einer zweiten Landessprache noch nicht in der Primarschule zu beginnen. Der Bundesrat sieht dadurch die bisherige Sprachenstrategie der Kantone infrage gestellt. Er begründet seine Vorlage unter anderem mit dem Zusammenhalt zwischen den Sprachregionen.

Zur Diskussion stehen zwei Varianten. Die erste schreibt die bisherige HarmoS-Lösung ge-

setzlich fest: Während der Primarschule werden zwei Fremdsprachen unterrichtet, eine Landessprache und Englisch. Die zweite Variante macht weniger Vorgaben: Sie verlangt lediglich, dass eine zweite Landessprache noch in der Primarschule beginnt und bis zum Ende der Sekundarstufe I unterrichtet wird; wann Englisch beginnt, bleibt den Kantonen überlassen. Nach Auffassung des Bundesrats

muss der Bund Vorgaben machen, wenn sich die Kantone bei bestimmten Eckwerten des Bildungswesens nicht auf eine verfassungskonforme Harmonisierung einigen können.

Kanton beruft sich ebenfalls auf die Bundesverfassung

Genau bei dieser Frage widerspricht der Aargauer Regierungsrat dem Bundesrat. Er argumentiert mit demselben Arti-

kel aus der Bundesverfassung – kommt aber zu einem anderen Schluss.

Die Schulhoheit liege grundsätzlich bei den Kantonen, hält die Regierung in ihrer Vernehmlassungsantwort fest. Wann der Fremdsprachenunterricht beginne und welche Fremdsprache zuerst unterrichtet werde, seien «pädagogische und organisatorische Umsetzungsaspekte». Sie beträfen

die konkrete Ausgestaltung des Lehrplans und gehörten nach Ansicht des Regierungsrats nicht zu jenen Bereichen, in denen die Bundesverfassung eine Harmonisierung durch den Bund vorsehe.

Eine Änderung des Sprachengesetzes, die den Beginn des Fremdsprachenunterrichts zwingend auf die Primarschule oder sogar auf ein bestimmtes Schuljahr festlege, würde des-

Frühfranzösisch: Bircher gegen Baume-Schneider

Der Aargau will den Start des Französischunterrichts in der Schule später ansetzen und weist die Pläne des Bundes zum Sprachengesetz zurück.

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider.
Bild: Keystone



Bildungsdirektorin Martina Bircher.
Bild: Sandra Ardizzone



halb den Gestaltungsspielraum der Kantone «unzulässig beschneiden», schreibt die Regierung. Der Bund würde so «faktisch einen Teil des Lehrplans der Volksschule verbindlich vorgeben», heisst es weiter.

Grosser Rat will zweite Fremdsprache verschieben

Der Aargauer Kurs wird vom Grossen Rat gestützt. Das Kantonsparlament überwies im Juni eine Motion der SVP-Fraktion mit 84 zu 51 Stimmen. Sie verlangt, dass die zweite Fremdsprache nicht mehr wie heute in der 5. Klasse, sondern später beginnt. Wann genau dies geschehen soll, ist noch offen. Der Regierungsrat prüft einen Beginn in der 6. oder 7. Klasse. Gleichzeitig hält er in seiner Vernehmlassungsantwort fest, dass sich der Aargau weiterhin zu den nationalen Bildungszielen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren am Ende der Volksschule bekennt.

Aargau verweist auf Sportunterricht

In seiner Stellungnahme führt der Regierungsrat noch einen weiteren Punkt an. Im Rahmen des Bundesprojekts «Entflechtung 27» werde gleichzeitig angestrebt, nationale Regelungen beim Sportunterricht aufzuheben und den Kantonen wieder mehr Kompetenzen zu übertragen.

Dies stehe mit Blick auf die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen «diametral» zur geplanten Änderung des Sprachengesetzes, schreibt der Regierungsrat.

Die Vernehmlassung zum Sprachengesetz dauert bis am 5. Oktober. Der Bundesrat hat angekündigt, auf eine Gesetzesänderung zu verzichten, falls die Kantone an ihrer bisherigen Sprachenstrategie festhalten und auf davon abweichende Entscheide verzichten.